

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **27.02.2020** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/036

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:47 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:46 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:50 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Plaß, Barthold

stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard, Dr.

Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz
Kirstein, Lukas
Lentz, Stefan
Morich, Hans-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Knauer, Detlef	Vertretung für Frau Anne Frick
Schrader, Karl-Ludwig	Vertretung für Herrn Andreas Meyer
Sieke, Oliver	Vertretung für Herrn Robert Apel

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Auerbach, Stefan
Berwing, Andreas

Verwaltung

Herbst, Rainer
Krause, Julia
Pollehn, Armin
Scholz, André
Vollmert, Claudia

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung von Protokollen
 - 2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 28.11.2019
 - 2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.12.2019
 - 2.3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 09.12.2019
 - 2.4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 14.01.2020
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Verlängerung der Bahnsteige in Otze
Vorlage: M 2020 1165
 - 3.2. Bericht GMA zur Passantenbefragung in Burgdorf (Mitteilungsvorlage: Abschlussbericht)
Vorlage: M 2020 1174
 - 3.3. Mitteilung: Schülerverkehr und Schulwegplanung - Arbeitsprogramm und weiteres Vorgehen
Bezug Vorlage A 2019 0979
Vorlage: M 2020 1182
 - 3.4. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Rundschreiben der Kommunalaufsicht "Straßenausbaubeitragssatzungen"
Vorlage: M 2020 1192
4. Antrag für ein "Pilotprojekt zur Schulwegsicherung vor der Astrid-Lindgren-Grundschule" von Herrn René Arand
Vorlage: A 2019 1143
 - 4.1. Mitteilung: Weitere Informationen zum Antrag "Pilotprojekt zur Schulwegsicherung vor der Astrid-Lindgren-Grundschule" von Herrn René Arand
Bezug: A 2029 1143
Vorlage: M 2019 1143/1
5. Einführung eines kostenlosen Kurzzeitparkens mit Hilfe der "Parksanduhr"; Antrag der CDU/FDP- Gruppe vom 06.11.2019
Vorlage: A 2019 1103/1
6. "Barrierearme Wilhelmstraße"
Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 15.11.2018
Vorlage: A 2019 1122
7. Verbesserung der Verkehrssituation Marktstraße durch Reduzierung des PKW Durchgangsverkehrs - Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 26.11.2019 zur Ratssitzung am 12.12.2019
Vorlage: A 2019 1138
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 28.11.2019

Der Ausschuss fasst einstimmig (6 Jastimmen, 3 Enthaltungen) folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 28.11.2019 wird genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.12.2019

Der Ausschuss fasst einstimmig (6 Jastimmen, 3 Enthaltungen) folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 05.12.2019 wird genehmigt.

2.3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für

Der Ausschuss fasst einstimmig (6 Jastimmen, 3 Enthaltungen) folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 09.12.2019 wird genehmigt.

2.4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 14.01.2020

Herr Plaß informiert, dass eine gemeinsame Lösung mit der Gemeinde Uetze gefunden werden soll. Dazu ist geplant, dass man weiterhin im Gespräch bleibt.

Der Ausschuss fasst einstimmig (6 Jastimmen, 3 Enthaltungen) folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 14.01.2020 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst berichtet, dass ein Gespräch zwischen der Verwaltung sowie der Polizei, der Verkehrsbehörde und Regiobus zur Schulwegsicherung in Hülptingsen stattgefunden hat. In dem Gespräch wurde die Möglichkeit besprochen, die Bushaltestelle in die Straße „Zur Papenkuhle“ rückwärtig des Feuerwehrhauses zu verlegen. Eine Querung der Straße „Vor den Höfen“ auf dem Schulweg wäre dann nicht mehr erforderlich. Details sollen in einer Beschlussvorlage erläutert werden, die dem Ausschuss in der nächsten Sitzung am 19.03.2020 zur Beratung vorgelegt werden soll. Diese Lösung ist schnell umsetzbar und die Änderung der Buslinie würde zum Schuljahreswechsel erfolgen.

Herr Plaß ist verwundert, zumal die Aufstellung einer Lichtsignalanlage (LSA) im Ausschuss beschlossen wurde. Die Region hat, wie in der Presse berichtet, dafür ihr Einverständnis gegeben. Daher ist er der Meinung, dass eine LSA aufgestellt werden muss.

Herr Herbst antwortet, dass derzeit keine verkehrsbehördliche Anordnung der Region vorliegt und daher auch keine LSA aufgestellt werden darf. Bei der Prüfung durch die Regiobus hat diese einer Verlegung der Bushaltestelle zugestimmt.

Herr Morich bezweifelt, dass die Eltern mit dieser Lösung einverstanden sind. Da diese Lösung aber schnell umsetzbar ist, sollte man sie zumindest testen.

Herr Dr. Kaefer merkt die Kosten für die Verlegung der Bushaltestelle an. Bisher war die Aufstellung einer LSA kostengünstiger. **Herr Herbst** teilt mit, dass die Aufstellung einer LSA rund 25.000 € kostet, die Verlegung der Bushaltestelle ca. 10.000 €. Ein genauer Kostenvergleich kann in die Beschlussvorlage aufgenommen werden.

Herr Lentz findet die Lösung gut, zumal sie schnell umsetzbar und kostengünstig ist. Man muss diese aber auch mit den Anliegern in der Straße „Zur Papenkuhle“ abstimmen.

Auch **Herr Arand** zeigt sich verwundert über diese neue Lösung. Um abschließend darüber zu beraten, sollte die Beschlussvorlage in der nächsten Sitzung abgewartet werden.

Herr Knauer weist darauf hin, dass man sich zunächst in den Fraktionen zu der neuen Erkenntnislage austauschen muss, um darüber zu entscheiden. Daher sollte die Beschlussvorlage mit allen Informationen abgewartet werden.

Herr Schrader erkundigt sich, ob diese neue Bushaltestelle nur für den morgendlichen Schülertransport eingerichtet werden soll. Dies bejaht **Herr Herbst**.

Herr Plaß bittet den Ausschuss darum, die anwesenden Einwohner aus Hülptingsen zu dem Tagesordnungspunkt zu hören. Dies wird vom Ausschuss einstimmig befürwortet.

Ein **Mitglied der Bürgerinitiative** „Sicherer Schulweg“ (BI) berichtet, dass diese den Sachverhalt geprüft hat. Aktuell queren 30 Kinder die Straße „Vor den Höfen“ auf ihrem Schulweg, so dass die Region nunmehr der Aufstellung einer LSA zugestimmt hat. In einem Gespräch mit der Region wurde auch die Verlegung der Bushaltestelle angesprochen. Aber es wohnen etwa 15 Kinder auf der anderen Seite, die dann wiederum die Straße queren müssen. Die Lösung sollte nicht zu Lasten dieser Kinder sein. Er bezweifelt auch, dass die erforderliche Schleppkurve für die Gelenkbusse gegeben ist. Da für die BI die Sicherheit aller Kinder im Vordergrund steht, hält die BI weiterhin an der Forderung einer LSA fest.

Ein **weiteres Mitglied der BI** weist darauf hin, dass nicht nur eine LSA Wartungskosten hat. Auch bei einer Bushaltestelle müssen Folgekosten wie z. B. Winterdienst, Beleuchtung, Müllentsorgung etc. berücksichtigt werden. Diese sind im Kostenvergleich ebenfalls aufzunehmen.

Herr Herbst teilt mit, dass die Befahrung mit einem Gelenkbus laut Aussage der Regiobus möglich ist. Eine genaue Kostengegenüberstellung wird in der Beschlussvorlage aufgezeigt.

3.1. Verlängerung der Bahnsteige in Otze **Vorlage: M 2020 1165**

Es wird darauf hingewiesen, dass auch der Bahnsteig in Ehlershausen verlängert werden soll. Die Planungen laufen, in Otze ist das Verfahren aber schon weiter.

Beschluss:

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**3.2. Bericht GMA zur Passantenbefragung in Burgdorf (Mitteilungsvorlage: Abschlussbericht)
Vorlage: M 2020 1174**

Herr Knauer erkundigt sich, warum der Bericht erst jetzt vorgelegt wird. **Herr Herbst** antwortet, dass das Büro diesen, trotz Nachfrage, erst im Januar vorgelegt hat.

Herr Knauer bemängelt, dass keine konkrete Aussage zu einer Fußgängerzone dem Bericht entnommen werden kann und kündigt an, dass ein Folgeantrag zur saisonalen Fußgängerzone vorbereitet wird.

Beschluss:

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**3.3. Mitteilung: Schülerverkehr und Schulwegplanung - Arbeitsprogramm und weiteres Vorgehen
Bezug Vorlage A 2019 0979
Vorlage: M 2020 1182**

Herr Arand bemängelt, dass weder die Ausschussmitglieder noch er als Antragsteller gefragt wurde, ob jemand am runden Tisch „Schulwegpläne“ teilnehmen möchte.

Frau Vollmert berichtet, dass die Aufstellung eines Schulwegplans angeschoben wurde. Parallel dazu ist ein Antrag zur Schulwegsicherung an der Astrid-Lindgren-Grundschule (ALGS) von Herrn Arand eingegangen. Die Fachabteilung ist jedoch der Auffassung, dass Projekte des mobilnetz Region Hannover nicht mit der Aufstellung des Schulwegplanes vermischt werden sollten. Deshalb schlägt die Fachabteilung ein Projekt mit der Waldschule und dem mobilnetzwerk vor, außerdem werden so die Aktivitäten gestreut und konzentrieren sich nicht nur auf die Kernstadt. Erst wenn der Schulwegplan fertig ist, soll mit dem mobilnetzwerk über eine Schule in der Kernstadt gesprochen werden.

Herr Arand bittet darum, auch die ALGS in die Überlegungen einzubinden.

Beschluss:

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**3.4. Finanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen - Rundschreiben der Kommunalaufsicht "Straßenausbaubeitragsatzungen"
Vorlage: M 2020 1192**

Herr Herbst kündigt an, dass vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage zu dem Thema „Straßenausbaubeiträge“ vorgelegt werden soll.

Beschluss:

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**4. Antrag für ein "Pilotprojekt zur Schulwegsicherung vor der Astrid-Lindgren-Grundschule" von Herrn René Arand
Vorlage: A 2019 1143**

Herr Arand stellt seinen Antrag vor und weist darauf hin, dass die Sicherheit der Schüler im Fokus steht. Ein temporäres Durchfahrtsverbot vormittags und nachmittags sollte für 3 bis 6 Monate getestet werden, um daraus Erfahrungen zu sammeln. Als Alternative wurde vom Schulleiternrat eine Einbahnstraßenregelung vorgeschlagen.

Herr Herbst teilt mit, dass der Vorschlag mit der Polizei und der Verkehrsbehörde besprochen werden muss. **Frau Vollmert** weist darauf hin, dass vor der Waldschule in Ehlershausen dann erstmal nichts passiert. Es kann von dem mobilnetz Region Hannover nur eine Schule begleitet werden. Es können nicht zwei Schulen zeitgleich betrachtet werden. Die Maßnahmen sollten nicht nur auf die Kernstadt konzentriert werden. In Ehlershausen gibt es seit Jahren große Probleme vor der Schule, daher wurde auch diese für die Betrachtung mit dem mobilnetzwerk vorgeschlagen.

Herr Plaß schlägt vor, zunächst die Schulwegplanung aufzustellen und dann die Einzelmaßnahmen zu konkretisieren.

Herr Arand weist darauf hin, dass es vor allen Schulen Probleme gibt. Seiner Meinung nach ist die Umsetzung vor der ALGS aber einfach und kostengünstig. Er betont, dass er nicht die eine Schule gegen die andere ausspielen möchte.

Herr Sieke stellt klar, dass die Verwaltung nicht mehrere Einzelmaßnahmen betrachten kann. Die Probleme vor der Waldschule Ehlershausen wurden schon häufig diskutiert. Bauliche Veränderungen wurden schon angefangen. Durch diesen Antrag werden die Planungen zurückgestellt, was er nicht unterstützt.

Der Ausschuss fasst mit **5 Ja- und 4 Neinstimmen** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Schulwegsicherung vor der Astrid-Lindgren-Grundschule soll in einem Pilotprojekt betrachtet werden.

**4.1. Mitteilung: Weitere Informationen zum Antrag "Pilotprojekt zur Schulwegsicherung vor der Astrid-Lindgren-Grundschule" von Herrn René Arand
Bezug: A 2029 1143
Vorlage: M 2019 1143/1**

Siehe TOP 4

5. Einführung eines kostenlosen Kurzzeitparkens mit Hilfe der "Parksand-

**uhr"; Antrag der CDU/FDP- Gruppe vom 06.11.2019
Vorlage: A 2019 1103/1**

Herr Plaß teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen wird, da er rechtlich nicht umsetzbar ist.

**6. "Barrierearme Wilhelmstraße"
Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 15.11.2018
Vorlage: A 2019 1122**

Herr Dralle stellt den Antrag vor. **Herr Herbst** teilt mit, dass die Umsetzung kurzfristig im Rahmen der Unterhaltung erfolgen kann. Dazu bittet er Herrn Dralle, sich mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen, damit vor Ort die konkrete Umsetzung abgesprochen werden kann.

**7. Verbesserung der Verkehrssituation Marktstraße durch Reduzierung des PKW Durchgangsverkehrs - Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktionen WGS und FreieBurgdorfer vom 26.11.2019 zur Ratssitzung am 12.12.2019
Vorlage: A 2019 1138**

Herr Dr. Kaever stellt den Antrag vor. Da die Schaltung der Lichtsignalanlage (LSA) nicht Aufgabe der Stadt ist, bittet er darum, dass die Verwaltung mit dem Straßenbaulastträger Kontakt aufnimmt. Durch die Änderung soll erreicht werden, dass der Durchgangsverkehr auf die Umgehungsstraße geleitet wird.

Herr Herbst teilt mit, dass eine Anfrage erfolgen kann; grundsätzlich sollten aber die Ergebnisse des Mobilitätskonzeptes abgewartet werden.

Herr Knauer verweist auf die Information, dass ein Verkehrsgutachten erforderlich ist, um Änderungen an der Schaltung der LSA vorzunehmen. Solche Extrakosten befürwortet er nicht, obwohl er den Vorschlag an sich gut findet.

Herr Pollehn wirbt dafür, das Mobilitätskonzept abzuwarten. Je mehr Gedanken für Einzelmaßnahmen eingebracht werden, desto schwerer wird die Umsetzung.

Herr Dr. Kaever erläutert, dass ein Gutachten nicht Sinn des Antrages ist. Er würde es begrüßen, wenn die Ampelschaltung ohne dieses geändert werden könnte.

Herr Schrader findet, dass der Durchgangsverkehr nicht durch diese Einzelmaßnahmen abgeschreckt wird. Die Denkweise der Autofahrer ist das Problem. Das Gesamtkonzept ist abzuwarten, um zielführende Maßnahmen für die Probleme in der Marktstraße zu erhalten.

Herr Arand ist der Meinung, dass nicht immer die großen Konzepte abgewartet werden sollten. Kleine Maßnahmen sollten, sofern sie einfach umzusetzen sind,

auch unabhängig davon machbar sein. Dem stimmt **Herr Kirstein** zu, jedoch sollte die Umsetzung nur erfolgen, wenn kein Gutachten erforderlich ist.

Herr Herbst weist darauf hin, dass es zwar „Mobilitätskonzept 2030/35“ heißt, es aber nicht bedeutet, dass erst zu der Zeit mit der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen begonnen wird.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Ein Antrag auf Umprogrammierung der Lichtsignalanlagen an der Kreuzung B443/K112 bzw. Mönkeburgstraße/K112 soll gestellt werden. Voraussetzung ist, dass die Umstellung ohne ein Verkehrsgutachten möglich ist.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Morich teilt mit, dass er die Schließung des Trimm-dich-Pfades nicht befürwortet. **Herr Pollehn** antwortet, dass die Schließung noch gar nicht Thema ist. Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist es Aufgabe der Verwaltung, entsprechende Maßnahmen mit Kostenaufstellungen vorzulegen. Dadurch wird aber keine Schließung herbeigeführt.

2. Herr Plaß erkundigt sich nach den Baumaßnahmen in der Immenser Straße. **Herr Herbst** antwortet, dass diese, wie in der Zeitung berichtet, am Freitag (28.02.2020) freigegeben werden soll. Die Markierung kann aber erst im Frühjahr aufgebracht werden. Der Radfahrstreifen wird jedoch erstmal nicht markiert.

3. Herr Plaß fragt nach, wann mit einer Fertigstellung der Baumaßnahmen An den Hecken / Peiner Weg zu rechnen ist. **Herr Herbst** geht davon aus, dass die Baumaßnahmen vor Ostern abgeschlossen sind.

4. Herr Arand möchte wissen, ob für die Baumfällungen am Peiner Weg Nachpflanzungen geplant werden. Dies verneint **Frau Vollmert**. Da die Baumscheiben zu klein sind für die optimale Entwicklung eines Baumes, kann eine Neupflanzung erst vorgenommen werden, wenn die Straße neu überplant wird.

5. Herr Arand erkundigt sich, ob die Grünstreifen im sog. „Inselviertel“ durch Poller geschützt werden können. Ebenso im Bereich des Ärztezent-rums. Er bittet um entsprechende Prüfung.

6. Herr Arand berichtet, dass sich eine Firma aus Hamburg aus dem Bereich Abfallmanagement im Raum Hannover ansiedeln möchte. Dazu suchen diese ein Ladengeschäft. Er übergibt die Kontaktdaten an Herrn Scholz.

Einwohnerfragestunde

1. Die Vorsitzende der Grünen findet es bedauerlich, dass in der Immenser Straße keine Radfahrstreifen markiert werden sollen. Gerade haben sich die Nutzer daran gewöhnt. Eine Markierung erst Ende des Jahres findet sie zu spät. **Herr Herbst** antwortet, dass die vorhandene Straßenbreite dort sehr gering ist. Dadurch hätten die Radfahrstreifen nur die Mindestbreite. Die Lösung ist nicht schön, aber es soll beobachtet werden, ob es auch ohne Markierung funktioniert.

Ein Einwohner findet es gut, dass die Markierung nicht aufgebracht wird. Teilweise richten sich die Autofahrer nach der Markierung und fahren dadurch zu dicht am Radfahrer vorbei.

2. Ein Einwohner aus Hülptingsen befürchtet, dass die Kinder an der Bushaltestelle Papenkuhle vergessen werden, weil der Busfahrer den gewohnten Weg fährt. **Herr Herbst** antwortet, dass Regiobus seinen Fahrern sicherlich vermitteln kann, den korrekten Weg zu fahren.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Sicherer Schulweg (BI) erkundigt sich, ob das Halteverbot in der Straße Zur Papenkuhle mit den Anliegern abgesprochen ist. Er befürchtet Probleme, zumal dort gerade Neubauten entstehen. **Herr Herbst** antwortet, dass das Halteverbot zeitlich begrenzt werden kann.

Weiterhin möchte er wissen, was mit den Bäumen im Bereich der neuen Bushaltestelle passiert. **Herr Herbst** erläutert, dass der große Baum erhalten werden soll. Die Büsche werden weitestgehend gerodet. Dies wurde mit der Feuerwehr und dem Ortsvorsteher abgestimmt.

Von der Region hat die BI die Antwort bekommen, dass die Aufstellung einer LSA für die sichere Querung angestrebt wird. Daher hat er kein Verständnis dafür, dass die Verlegung der Bushaltestelle ins Spiel gebracht wird. Die Sicherheit der Kinder wird dadurch wieder verzögert. Der Favorit ist die LSA, daher sollte die Verlegung der Bushaltestelle nicht weiterverfolgt werden.

3. Ein Einwohner aus Sorgensen fragt nach, wann die 30km-Beschränkung aufgehoben wurde. **Herr Herbst** sichert eine Antwort zu und bittet den Einwohner, seine Kontaktdaten zu hinterlegen.

4. Ein Einwohner findet es nicht gut, dass bei den Schulprojekten Weststadt und Waldschule nur eins von beiden geprüft werden kann. In Hülptingsen wird neben dem eigentlichen Wunsch nach einer LSA noch die Verlegung der Bushaltestelle geprüft. Hier geht es demnach. **Herr Herbst** antwortet, dass bei den Schulprojekten noch diverse zeitaufwendige Abstimmungen erfolgen müssen. Daher kann hier keine zeitgleiche Betreuung stattfinden. Im Fall Hülptingsen gab es vor 2 Jahren schon einmal den Vorschlag die Bushaltestelle zu verlegen, welcher von der Regiobus abgelehnt wurde. Jetzt wurde die Frage erneut aufgegriffen und von der Regiobus positiv geprüft.

5. Die Bürgerinitiative Sicherer Schulweg bietet ihre Unterstützung bei der Erstellung der Schulwegpläne an und bittet darum, bei den Besprechungen eingeladen zu werden. Es wird nachgefragt, wer die Befragungen übernimmt, da dies anscheinend nicht durch das Ingenieurbüro erfolgt. **Frau Vollmert** erläutert, dass die Fragebögen über die Schulen verschickt

werden. Die Auswertung wird zum Teil auch von den Schulen durchgeführt, aber ebenfalls von dem Ingenieurbüro. Es handelt sich um ein Projekt, woran sich alle Beteiligten engagieren müssen. Zu Beginn waren die Schulen noch zurückhaltend, aber nunmehr wurde die Mitarbeit zugesagt.

Herr Arand erkundigt sich, wann das Konzept fertig ist. **Frau Vollmert** geht davon aus, dass die Netzplanung Ende 2020/Anfang 2021 fertiggestellt ist. Im April 2020 sollen die ersten Gespräche stattfinden.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin